

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **Februar 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

Wer sich dieser Tage in Deutschland für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt, muss sich auf viel Gegenwind einstellen. Das ist nicht erst seit den Vorfällen in der Silvesternacht so, aber der Wind ist seither deutlich schärfer geworden. Die nächsten Asylrechtsverschärfungen stehen bereits jetzt auf der Agenda der Bundesregierung, in NRW machen rechte Gruppierungen, Bürgerinitiativen und sogar einzelne Ortsverbände der SPD gegen Flüchtlinge mobil. Und das Innenministerium meldet, dass sich die Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte im vergangenen Jahr verachtacht haben. Zunehmend bekommen auch Helferinnen und Unterstützerinnen den Hass der Flüchtlingsfeinde zu spüren. Anerkennung für das soziale Engagement wird dagegen immer seltener. Mit seinem Ehrenamtspreis, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wird, will der Flüchtlingsrat NRW den Vielen, die sich trotz all dieser Widrigkeiten weiter für schutzsuchende Menschen einsetzen, ein Stück Dank und Anerkennung entgegenbringen. Vorschläge und Bewerbungen können bis zum 31. März eingereicht werden.*

Wenn Ihr unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine kurze E-Mail an die Adresse initiativen@fnnrw.de.

In eigener Sache: Stellenausschreibung des Flüchtlingsrats NRW

Der Flüchtlingsrat NRW sucht zum 15. März 2016 eine/n neue/n Referenten/-in für die Betreuung und Begleitung der Initiativen. Die Vollzeitstelle ist zunächst bis Jahresende befristet. Informationen über die Aufgaben und Voraussetzungen findet Ihr auf unserer Internetseite. Bewerbungen können bis zum 21. Februar an die E-Mail-Adresse info@fnnrw.de geschickt werden.

Stellenausschreibung „Begleitung und Betreuung der Initiativen“

Ehrenamtspreis des Flüchtlingsrats NRW

Nordrhein-Westfalen verfügt bereits seit langem über eine lebhaftere Unterstützerlandschaft aus ehrenamtlich tätigen Einzelpersonen und Initiativen, die sich - allen Widrigkeiten und begrenzten Mitteln zum Trotz - durch ihr kontinuierliches Engagement auszeichnen. Beeindruckend viele

Menschen haben zudem die steigende Zahl von Schutzsuchenden und deren unzureichende Versorgung in den letzten Monaten zum Anlass genommen, sich ehrenamtlich zu engagieren und neue Initiativen gegründet. Diese Tätigkeiten erfahren trotz ihrer teilweise hohen Kreativität und ihres enormen Einsatzes wenig bis keine Anerkennung. Anlässlich unseres 30-jährigen Jubiläums verleihen wir daher in diesem Jahr erstmalig unseren Ehrenamtspreis. Damit sollen die beachtlichen Leistungen nordrhein-westfälischer Ehrenamtlicher im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung gewürdigt werden. Der Ehrenamtspreis richtet sich an neugegründete sowie langjährig tätige Initiativen und Einzelpersonen. Die Bewerbungsfrist endet am 31. März. Die Preisverleihung findet am 29. Oktober im Kulturzentrum Zeche Carl in Essen statt.

Ehrenamtspreis des Flüchtlingsrats NRW

Diskussion über straffällige Flüchtlinge

Weit über 100 Anzeigen hat die Polizei mittlerweile im Zusammenhang mit den Übergriffen und Diebstählen aufgenommen, die sich in der Silvesternacht im Umfeld des Kölner Hauptbahnhofs ereignet haben. Große Gruppen nordafrikanischer und arabischer Männer sollen zahlreiche Frauen bestohlen, sexuell belästigt und sogar vergewaltigt haben. Wie die Polizei einige Tage nach den Vorfällen bekannt gab, handelt es sich bei einigen der Tatverdächtigen um Asylsuchende. Nach Bekanntwerden dieses Sachverhalts forderten zahlreiche Politikerinnen ein härteres Vorgehen gegen ausländische Straftäterinnen und eine schnellere Abschiebung straffällig gewordener Flüchtlinge. Innen- und Justizministerium des Bundes legten Mitte Januar bereits einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vor.

Rechte Gruppierungen reagierten mit pauschalisierenden Kollektivverurteilungen auf die Belästigungen und Diebstähle in der Silvesternacht und forderten, keine weiteren Flüchtlinge nach Deutschland zu lassen. In Reaktion auf die Vorfälle marschierten am 9. Januar in Köln rund 1.700 Anhängerinnen der rechten Pegida-Bewegung auf und skandierten fremdenfeindliche Parolen. In zahlreichen Städten gründeten sich in den letzten Wochen zudem selbst ernannte „Bürgerwehren“, die oftmals von fremdenfeindlichen Gruppen initiiert und angeführt werden.

Weiter angefacht wurde die Debatte durch Vorfälle in der Stadt Bornheim bei Bonn. In einem öffentlichen Schwimmbad sollen sich männliche Flüchtlinge mehrmals anzüglich gegenüber weiblichen Badegästen verhalten haben. Daraufhin verhängte die Stadt ein pauschales Hausverbot für alle volljährigen männlichen Flüchtlinge, das jedoch nach massiver Kritik von verschiedenen Seiten mittlerweile wieder aufgehoben wurde.

Hohe Wellen schlug indes auch eine andere Meldung: In einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel haben Flüchtlinge aus Mülheim und Duisburg die Ereignisse in Köln mit deutlichen Worten kritisiert: „Wir verabscheuen die sexuellen Übergriffe und Diebstahldelikte mutmaßlich durch Migranten und Flüchtlinge und verurteilen sie auf das schärfste“, heißt es in dem Schreiben. „Auch für uns ist die Würde des Menschen unantastbar, ob Mann oder Frau. Auch für uns gilt ein strenges Diebstahlverbot. Auch für uns ist es selbstverständlich, die Gesetze des Aufnahmelandes zu achten.“ Fast 2.000 Flüchtlinge haben den Offenen Brief mittlerweile unterzeichnet, bundesweit berichteten zahlreiche Zeitungen über die Initiative aus dem Ruhrgebiet.

Passend zum Thema hat die Amadeu-Antonio-Stiftung Ende Januar eine Informationsbroschüre zum Mythos vom „übergriffigen Fremden“ veröffentlicht. Die Handreichung bietet Fakten über sexualisierte Gewalt und sexuellen Kindesmissbrauch sowie zu Verbreitung, Täterschaft und Situation der Betroffenen. Die Autorinnen gehen der Frage nach, warum das Bild vom „übergriffigen Fremden“ so häufig und leicht geglaubt und weiterverbreitet wird.

WDR: Schwimmbad-Verbot für Flüchtlinge (14.01.2016)

Offener Brief von Flüchtlingen in Deutschland

Amadeu-Antonio-Stiftung: Das Bild des übergriffigen Fremden

SPD-Demo gegen Flüchtlingsunterbringung abgesagt

„Das Boot ist voll!“ – schon in den 1990er Jahren prägte dieser Ausspruch flüchtlingsfeindliche Debatten, wurde unzählige Male von rechtsradikalen Parteien und Befürworterinnen weiterer Asylrechtsverschärfungen aufgegriffen. In unverkennbarer Anlehnung an diese vorbelastete Parole wollten mehrere Ortsverbände der Essener SPD am 26. Januar unter dem Motto „Der Norden ist voll“ auf die Straße gehen, um gegen eine weitere Unterbringung von Flüchtlingen in den nördlichen Bezirken der Ruhrgebietsstadt zu protestieren. Bereits in den vergangenen Wochen hatten sich SPD-Politikerinnen aus dem Essener Norden wiederholt pessimistisch über die Integrationsaussichten von Flüchtlingen in der Stadt geäußert. Sie bemängelten eine angeblich ungerechte Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte im Essener Stadtgebiet zu Lasten der weniger wohlhabenden Viertel im Norden. Das fragwürdige Motto der Veranstaltung führte allerdings nicht nur zu scharfer Kritik – teils auch aus den eigenen Reihen – sondern auch zu begeistertem Beifall von Rechtsaußen: So riefen AfD und NPD ihre Anhängerinnen dazu auf, sich an der geplanten Demonstration zu beteiligen. Letztlich zogen die Initiatorinnen ihre Demo-Anmeldung zurück. Ob der Beifall von der „falschen Seite“ oder ein Machtwort aus Düsseldorf dabei ausschlaggebend war, bleibt ungeklärt.

Der Westen: Nach Demo-Debakel in Essen (24.01.2016)

Flüchtlingsfeindliche Straftaten in NRW verachtfacht

Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat im vergangenen Jahr 214 Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte registriert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Angriffe damit mehr als verachtfacht. „In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um propagandistisch und politisch motivierte Delikte, wie Schmierereien mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen bis hin zu direkten Androhungen von Gewalt“, so das Ministerium. Es habe aber auch 28 Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder Brandstiftung gegeben. Insgesamt seien fünf Menschen leicht verletzt worden. Bislang konnten die Behörden knapp 70 Verdächtige ermitteln und ein Viertel der Taten aufklären. Zwei Drittel der ermittelten Täterinnen seien bereits polizeilich bekannt gewesen, bei jedem Dritten stellten die Ermittlungsbehörden Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus fest. Innenminister Jäger sieht die Ursache für den starken Anstieg an Gewalttaten in einer fremdenfeindlichen Stimmung, die insbesondere über virtuelle Netzwerke geschürt werde. Rechte Parteien und Gruppierungen würden im Internet gegen Flüchtlinge hetzen und so den ideologischen

Nährboden für Straftaten bereiten. In diesem Zusammenhang appellierte Jäger auch an die Internetnutzerinnen, Seiten und Einträge, in denen gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen gehetzt werde, bei den zuständigen Behörden zu melden.

MIK NRW: Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen haben sich in NRW verachtacht (26.01.2016)

Landesregierung will „Aktionsplan Westbalkan“ ausweiten

Mit ihrem „Aktionsplan Westbalkan“ wollten Bund und Länder dazu beitragen, die Zahl der Asylanträge aus den Balkan-Ländern zu reduzieren und die Rückreisebereitschaft abgelehnter Antragstellerinnen zu fördern. Zu diesem Zweck wurden Asylsuchende aus Albanien – später auch aus anderen Balkanländern – in den letzten Monaten gesondert in fünf Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen ihre Asylanträge im Eiltempo geprüft wurden. In den meisten Fällen mussten die Asylsuchenden Deutschland unmittelbar nach dem ablehnenden Bescheid verlassen. Aus Sicht der Landesregierung war der „Aktionsplan“ offenbar ein voller Erfolg. In einer Pressemitteilung, die das nordrhein-westfälische Innenministerium Ende Januar verschickt hat, heißt es, die Zugangszahlen aus den Balkanländern seien zuletzt deutlich zurückgegangen. Zudem seien viele abgelehnte Asylbewerberinnen freiwillig ausgereist. Der Aktionsplan zeige „nachhaltig Wirkung“. Daher sollten die Maßnahmen fortgesetzt und die Zahl der hierfür vorgesehenen Plätze in den Landesaufnahmeeinrichtungen von 1.200 auf 1.700 erhöht werden. Flüchtlingsorganisationen hatten den „Aktionsplan“ scharf kritisiert und davor gewarnt, Flüchtlingen aus bestimmten Ländern ein faires Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung ihrer Fluchtgründe zu verweigern.

MIK NRW: NRW baut Aktionsplan Westbalkan aus (26.01.2016)

Termine

04.02.2016: Akademie Interkulturelle Sensibilisierung. Beginenhof, Goethestr. 62-64 in Essen.
Weitere Informationen unter www.frauenberatungsstellen-nrw.de

09.02.2016: Vortrag „Die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten: Warum gerade jetzt?“. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz 1, Essen.
Weitere Informationen unter www.antifa-essen.de

13.02.2016: Fachtagung „Refugees welcome - wie schaffen wir das?“. 9.15 Uhr, Heimvolkshochschule Gottfried Könzgen, Annaberg 40, Haltern am See.
Weitere Informationen unter www.kab-muenster.de

16.02.2016: Podiumsdiskussion „Erfolgreiche Allianzen in der Flüchtlingsarbeit“. 18.00 Uhr, Pauluskirche, Schützenstraße 35, Dortmund.

16.02.2016: Fachtagung „Rassismus – War da was? Pädagogisches Handeln in der Migrationsgesellschaft“. 13.00 Uhr, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, Münster.
Weitere Informationen unter www.ljr-nrw.de

18.02.2016: Vortrag „Von der Willkommenskultur zur Internierung von Geflüchteten“. 19.00 Uhr, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Essen.

Weitere Informationen unter www.nrw.rosalux.de

18.02.2016: Vortrag „Flüchtlingsberatung in Deutschland“. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

20.02.2016: Integrationspolitischer Kongress der Grünen Fraktion im Landtag NRW, 10.00 Uhr, Plenarsaal des Landtags, Platz des Landtags 1, Düsseldorf. Anmeldungen an [gruener-kongress\(at\)landtag.nrw.de](mailto:gruener-kongress(at)landtag.nrw.de).

weitere Informationen unter www.gruene-fraktion-nrw.de

24.02.2016: Fortbildung „Solidarische Unterstützung von Flüchtlingsfrauen“. 10.00 Uhr, Beginenhof, Goethestr. 63-65, Essen.

Weitere Informationen unter www.frauenberatungsstellen-nrw.de

01.03.2016: Seminar „Einführung in das Asylrecht“. 10.00 Uhr, Bildungswerk Multi Kulti, Münsterstr. 46b, Lünen. Anmeldung bis zum 18.02.2016.

Weitere Informationen unter www.multikulti-forum.de

10.-11.03.2016: Fortbildung von pädagogischen Fachkräften in der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingsfrauen. 10.00 Uhr, Beginenhof, Goethestr. 63-65, Essen.

Weitere Informationen unter www.frauenberatungsstellen-nrw.de

06.04.2016: Fachtagung „Der neue Flüchtlingsschutz in Deutschland – fair und gerecht für alle Flüchtlinge?!“. 9.00 Uhr, Jugendherberge Köln-Riehl, An der Schanz 14, Köln.

Weitere Informationen unter www.koelner-fluechtlingsrat.de

12.05.2016: Vortrag „Fluchtursachen und wirtschaftliche Zwänge für die Länder des Südens“. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

09.06.2016: Interview-Abend über Erfahrungsgeschichten mit Flüchtlingen. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum